

## PROTOKOLL

über die 4. Sitzung des Orsrates Melle-Mitte am Mittwoch, den 06.09.2017,  
Ratssaal, Markt 22, 49324 Melle

**Sitzungsnummer:** ORME/004/2017  
**Öffentliche Sitzung:** 19:30 Uhr bis 22:10 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Ortsbürgermeisterin**

Gerda Hövel

#### **stellv. Ortsbürgermeister**

Johannes Marahrens

Reinhardt Wüstehube

#### **Ortsratsmitglied CDU-Fraktion**

Leonhard Birke

Karl Hotho

Jan-Hendrik Hüpel

Friedhelm Pfeiffer

Malte Stakowski

Rainer Vogt-Rohlf

#### **Ortsratsmitglied SPD-Fraktion**

Hauke Dammann

Jutta Dettmann

Annegret Mielke

Uwe Plaß

Erich Walkenhorst

#### **Ortsratsmitglied UWG-Fraktion**

Matthias Pietsch

Kay Wittefeld

#### **von der Verwaltung**

StAR Sandra Wiesemann

Dipl.-Ing. Sabrina Hoffmann

#### **ProtokollführerIn**

StA Heike Wiesemann

#### **Zuhörer**

Zuhörer

1 Person

### **Abwesend:**

#### **Ortsratsmitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion**

Silke Meier

## Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Einwohnerfragestunde
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 15.05.2017
- TOP 5 Berichte
- TOP 5.1 Ortsbürgermeisterin
- TOP 5.2 Verwaltung
- TOP 5.3 Arbeitskreise
- TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft
- TOP 7 Bebauungsplan "Nördlich Pestelstraße - 1. Änderung", Melle-Mitte  
Beschluss über die Abwägung  
Satzungsbeschluss  
Vorlage: 2017/0186
- TOP 8 Bebauungsplan "Hafermaschsiedlung", Melle-Mitte  
Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB  
Vorlage: 2017/0199
- TOP 9 Bebauungsplan "Hafermaschsiedlung", Melle-Mitte  
Veränderungssperre  
Vorlage: 2017/0201
- TOP 10 Straßenbenennung im Stadtteil Melle-Mitte  
Vorlage: 2017/0160
- TOP 11 Straßenzustandsbewertung 2017  
Vorlage: 2017/0177
- TOP 12 Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum  
Vorlage: 2017/0162/1
- TOP 13 Wünsche und Anregungen

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Ortsbürgermeisterin eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Dettmann stellt für die SPD Fraktion einen Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung für die heutige Ortsratssitzung. Die Tagesordnung soll um den Punkt „Beratung bzw. Aussprache über die Erprobung einer geänderten Verkehrsführung und Parkordnung im Bereich Markt“ entsprechend erweitert werden.

Ortsbürgermeisterin hält noch einmal fest, dass der zusätzlich beantragte Tagesordnungspunkt nur eine Aussprache und keinen Beschluss beinhalte. Sie bittet Frau Sandra Wiesemann um rechtliche Bewertung des Antrages auf Erweiterung der Tagesordnung.

Frau Sandra Wiesemann erläutert, dass der Tagesordnungspunkt „Beratung und Aussprache“ kein dringlicher Fall wäre, in dem die Beratung und Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben werden kann, ohne das Nachteile entstehen, die nicht wieder beseitigt werden können. Bei dem geplanten Top sei nur eine Aussprache und kein Beschluss in der Entscheidung gewünscht. Die zusätzliche Variante, dass alle Ortsratsmitglieder anwesend sind und keiner dem Antrag widerspricht, sei nicht möglich, da Frau Meier nicht anwesend sei. Dem Antrag auf Erweiterung könne nicht stattgegeben werden.

Frau Mielke äußert ihren Unmut, dass die Tagesordnung nicht erweitert werde. Die Testphase für die Verkehrsführung und Parkordnung im Bereich Markt solle bereits am nächsten Tag durchgeführt werden, so dass sie die Maßnahme als dringlich ansähe.

Herr Stakowski äußert den Wunsch, Anträge spätestens zwei Tage vor dem Sitzungstermin zu versenden. Die Zeit werde benötigt, um allen Mitgliedern auch die Möglichkeit zu geben, sich vorzubereiten bzw. sich über die Thematik zu informieren.

Frau Dettmann erklärt, dass sie die Thematik anders bewerte und die Angelegenheit als dringlich ansähe. Sie werde das Thema unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte“ noch einmal ansprechen.

Herr Walkenhorst sieht ebenfalls die Dringlichkeit, da durch die Zählung und Einrichtung der Verkehrsführung bereits Kosten und somit Nachteile entstehen, die nicht wieder zu beseitigen seien.

Frau Sandra Wiesemann erläutert, dass die Durchführung der Testphase als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ in die Wege geleitet worden sei und ein Ortsratsbeschluss für die Ausführung nicht erforderlich sei. Die gewünschte Aussprache würde eine Empfehlung darstellen, aber nicht dazu führen, dass die Maßnahme abgewendet würde. Der Antrag auf Erweiterung sei abzulehnen.

Ortsbürgermeisterin stellt die vorliegende Tagesordnung ohne Ergänzungen und Einwände fest.

### **TOP 3     Einwohnerfragestunde**

Fragen werden nicht gestellt.

### **TOP 4     Genehmigung des Protokolls vom 15.05.2017**

Frau Dettmann weist darauf hin, dass sie unter Top "Wünsche und Anregungen" die Straßenpflasterung des Parkplatzes Kirchstraße und nicht die Pflasterung der Kirchstraße bemängelt habe und bittet um Berichtigung der Angaben.

Das Protokoll vom 15.05.2017 wird unter den o.g. Einwand einstimmig genehmigt.

### **TOP 5     Berichte**

#### **TOP 5.1   Ortsbürgermeisterin**

Ortsbürgermeisterin berichtet über folgende Punkte:

- Der Umzug der Grönenbergschule wurde in den Sommerferien bewältigt und nach anfänglichen Schwierigkeiten sei man auf gutem Wege, die Probleme zu lösen. Alle Beteiligten seien im Entscheidungsprozess gut eingebunden und die Kommunikation untereinander sei gewährleistet. Bei aller Kritik erhalte die Stadt eine schöne und moderne Schule, die allen Anforderungen entspreche. Sie spricht allen Beteiligten ihren Dank aus.
- Der Seniorenbeirat habe über die positive und aktive Nutzung der Geräte im Grönenbergpark berichtet. Der Einsatz für die Verwirklichung des Projektes sei sehr wichtig gewesen. Für die weitere Vorgehensweise des Projektes „Gestaltung Grönenbergpark“ seien zunächst Konzepte zu erarbeiten und Kosten zu ermitteln, um Fördermittel zu bekommen. Der Stadtteil Melle-Mitte stehe aufgrund seiner Größe nicht unbedingt im Fokus der Förderungen aus den Projekten der ILE. Umso wichtiger sei die Herausarbeitung und Darstellung des „Leuchtturmcharakters“ für die überregionale und touristische Bedeutung des Konzeptes „Grönenbergpark“, um ggf. Förderungen von ca. 60% zu erhalten. Sie schlägt vor für die Begleitung des Projektes einen Arbeitskreis zu gründen, um gemeinsam das Projekt zu unterstützen.
- Das Projekt „Waldbühne“ habe gute Chancen zur Förderung.
- Die Mitglieder der ILE-Versammlung werden am 23.11.2017 in Riemsloh tagen. Da sie an der ILE –Versammlung nicht teilnehmen könne, bittet sie, Herrn Wüstehube ihre Vertretung zu übernehmen.  
In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass sie am 24.08.2017 an der ILE Versammlung als Mitglied kurzfristig nicht teilnehmen können. Aufgrund dieser „terminlichen“ Umstände habe sie kurzfristig Herrn Terbeck erreichen können. Aufgrund seiner Tätigkeit im Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing sei er über die Projekte Melle-Mitte informiert und konnte ihre Vertretung übernehmen.
- Die Informationsveranstaltung zur Umgestaltung des Rathausvorplatzes habe im Forum Melle stattgefunden. Es wurde ausführlich berichtet und kontrovers mit den Anliegern diskutiert. Viele Bürger fühlen sich nicht gut informiert bzw. seien bezüglich der Gestaltung auch unterschiedlicher Meinung. Ortsbürgermeisterin rät, die Sorgen und Meinung der Bürger bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen und bilateralen Austausch zu gewährleisten. An die Mitglieder des Arbeitskreises „Stadtentwicklung“ können interessierte Bürger herantreten und ihre Ideen unterbreiten. Die Verkehrszählung sei ein Test für eine mögliche Einführung einer „Einbahnstraßenregelung des Marktplatzes“. Der Testbetrieb liefere die notwendigen Daten für die Verwaltung, um konkrete Aussagen über die Durchführung, Machbarkeit und Auswirkungen von Maßnahmen zu erhalten, die z.B. durch den Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN aus der letzten Ortsratssitzung aufgekomen seien.

- Am kommenden Montag werde die Magistratsübung unter Federführung der Ortsfeuerwehren Melle-Mitte, Altenmelle und Bakum auf dem Starcke-Gelände durchgeführt. Sie bitte alle Ortsratsmitglieder der Übung beizuwohnen. Die Übung diene dazu, die Schlagfertigkeit, Einsatzbereitschaft und Kompetenz der Wehren zu demonstrieren. Die Einladungen zum Altenmeller Erntedankfest und zur Besichtigung der Klein- und Nutztierpraxis seien der Einladung zur Ortsratssitzung beigelegt gewesen.

## TOP 5.2 Verwaltung

Frau Sandra Wiesemann informiert über folgende Punkte:

- Die Anregung aus dem Ortsrat, das Stadtwappen zu restaurieren und am Mauerwerk der „Alten Posthalterei“ wieder einzupflegen, werde entsprechend umgesetzt.
- Die Forderung nach WLAN an zentralen Stellen in den Stadtteilen sei in der letzten VA-Sitzung diskutiert worden. Eine entsprechende Bedarfsanalyse werde zurzeit erstellt, um Fördermittel der EU zu erhalten.
- Aufgrund eines Personalwechsels im Bauamt werde sich die Durchführung der Parkplatzanalyse verzögern und voraussichtlich Mitte nächsten Jahres erstellt.
- Der Grönenbergpark und der angrenzende Bereich der Sportstätten seien überregional als Freizeit- und Erholungsstätte von Bedeutung. Verschiedene Entwicklungen machen Überlegungen für eine geordnete städtebauliche Entwicklung notwendig. Daher sollen nicht einzelne Projekte betrachtet werden, sondern eine Gesamtplanung angestrebt werden. Dabei sollen die bereits vorliegenden Ideen, Anträge oder Empfehlungen berücksichtigt (z.B. Nachfolgenutzung der Jugendherberge, Einrichtung von Wohnmobilstellplätze, Schulhof- und Parkplatzsituation am Gymnasium Melle und die Weitergestaltung des Grönenbergparks) werden. Aufgrund der derzeitigen Personalsituation sei eine erste Vorstellung und Auseinandersetzung in den politischen Gremien Anfang 2018 realistisch.

Frau Dettmann kritisiert, dass die Durchführung der Verkehrszählung dem Ortsrat nicht mitgeteilt worden sei. Diese Information habe sie aus der Presse erfahren, obwohl eine Information der Ortsratsmitglieder per E-Mail zeitlich möglich gewesen wäre. Sie sehe in dieser Vorgehensweise eine Missachtung des Gremiums, weil keine Information, Beratung und Beschlussfassung im Gremium erfolgt sei.

Herr Wüsthube bemängelt die Vertretungsregelung anlässlich der ILE-Versammlung am 24.08.2017. Er weist darauf hin, dass in der ILE-Versammlung keine Mitglieder aus den Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN bzw. aus der Fraktion UWG-Melle vertreten seien. Mitglieder aus dem politischen Bereich seien die Ortsbürgermeister und der Bürgermeister der Stadt Melle. Aufgrund der Beschränkung sei es verwunderlich, dass Herr Terbeck als Vertreter der Ortsbürgermeisterin benannt wurde. Diese Vorgehensweise kritisiert er ausdrücklich. Zwischen der Ortsbürgermeisterin und den Stellvertretern müssen im Vorfeld mehr Informationen fließen und eine inhaltliche Zusammenarbeit angestrebt werden, um für den Stadtteil Melle-Mitte eine adäquate Vertretung zu erzielen.

Ortsbürgermeisterin erläutert, dass bis zu dem Sitzungszeitpunkt keine offizielle Vertretungsregelung festgelegt worden sei. Die kurzfristige Absage (2 Stunden vor Sitzungstermin) und die Suche nach einer Vertretung führte zu dieser Regelung. Zukünftig solle die Vertretung durch die stellvertretenden Ortsbürgermeister erfolgen.

Herr Walkenhorst erklärt, dass in der ILE-Versammlung keine Beschlüsse gefasst werden. Die Zusammensetzung sehe er daher nicht kritisch. Er bemängelt, dass der Ortsrat nicht mit

in die Entscheidung bezüglich des Einsatzes der Testphase „Markt“ einbezogen worden sei. Die Überwachung durch Kameras ohne Beschluss sehe er sehr kritisch.

### **TOP 5.3 Arbeitskreise**

Herr Wüsthube berichtet, dass sich der Arbeitskreis „Umwelt und Klima“ über den Umsetzungsstand von Kompensationsmaßnahmen im Bereich „Auf den Vieren, Lange Marsch II und Nördlich Pestelstraße“ informiert und eine Bereisung am 01.06.2017 vorgenommen habe. Das Protokoll des Arbeitskreises über den Sachstand werde dem Ortsrat zur Kenntnis gegeben und diesem Protokoll beigelegt. Er informiert den Ortsrat über die Idee aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz. Demzufolge sollen Flächen im Stadtgebiet benannt werden, die „entsiegelt“ werden können, indem sie neu bepflanzt werden. Dadurch könne die Artenvielfalt für Pflanzen verbessert werden. Er könne sich die „Verkehrinsel“ im Bereich der Kreuzung Engeltgarten/ Riemsloher Straße/ Breslauer Str. für diese Aktion gut vorstellen. Beim nächsten Treffen des Arbeitskreises werde über dieses Thema weiter beraten.

Herr Pietsch berichtet, dass sich der Arbeitskreis „Jugend und Sport“ am 21.06.2017 mit den Themen „Zustand der Spielplätze und der Skaterbahn“ befasst habe. Im Arbeitskreis wurde beschlossen, dass alle Spielplätze von den Ortsratsmitgliedern in nächster Zeit überprüft und ein Sachstandsbericht in einer der nächsten Ortsratssitzungen abgegeben werde. Zum Thema „Skateranlage“ sei anzumerken, dass die Anlage abgängig sei. Der Arbeitskreis werde Kontakt mit dem Stahlwerk und dem Jugendparlament aufnehmen, um Information über die Wünsche der Jugend zu erhalten. Dabei seien Äußerungen über den tatsächlichen Bedarf und den Standort von besonderem Interesse.

Frau Mielke berichtet, dass sich der Arbeitskreis „Planung und Stadtentwicklung“ am 04.07.2017 zu einer Begehung des Marktes mit Frau Bredemeier getroffen habe, um insbesondere die vorgestellten Planungsideen und den Sanierungsbedarf zu erörtern. Die Mitglieder des Arbeitskreises sprachen sich für folgende Punkte aus:

- Die Ausdehnung des Wochenmarktes soll nicht eingeschränkt werden. Die zur Verfügung stehende Fläche und die beiden Veranstaltungstage sollen erhalten bleiben.
- Die Umgestaltung des „Marktes“ soll nicht in einer Bauphase durchgeführt werden. Es seien entsprechende Abschnitte zu bilden.
- Die Verkehrsfläche soll kenntlich gemacht werden. Eine Einbahnstraßen-Regelung vor dem Rathaus sei zu prüfen.
- Die Bürger und Anlieger sollen in die Planungen zum Umbau des Bereiches mit einbezogen und über den Sachstand regelmäßig informiert werden. Die erste Veranstaltung zu diesem Thema sei bereits am 09.08.2017 im Forum Melle durchgeführt worden.
- Bevor weitere Beschlüsse gefasst werden, sollen die Verkehrsflüsse umfassend untersucht werden. Dazu sei eine Verkehrsuntersuchung notwendig, die zurzeit startet. Weitere Entscheidungen werden erst getroffen, sobald die Auswertungen der Verkehrsuntersuchungen vorliegen. Sie bitte die Verwaltung, eine terminliche Abstimmung zu diesem Thema mit dem Arbeitskreismitgliedern und dem Ortsrat Melle-Mitte zu koordinieren.

Ortsbürgermeisterin berichtet, dass die Informationen zu der Verkehrsuntersuchung voraussichtlich zur Ortsratssitzung im November 2017 vorliegen werden.

Herr Stakowski hofft, dass der Informationsfluss optimiert werde und die notwendigen Informationen bzw. Termine dem Arbeitskreis bzw. den Ortsratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Eine zeitliche Abstimmung zwischen Verwaltung, Arbeitskreis und Ortsrat solle noch erfolgen.

Frau Dettmann regt an, die Unterlagen bezüglich der Verkehrsuntersuchungen öffentlich ins Netz zu stellen.

## **TOP 6 Vergabe von Mitteln zur Pflege der örtlichen Gemeinschaft**

Herr Stakowski hebt hervor, dass die Veranstaltung „16. Meller Stadtlauf“ ein besonderes und überregionales Ereignis für die Stadt Melle darstellt. Er macht den Vorschlag, das der Ortsrat die Veranstaltung finanziell in Höhe von 250 EUR unterstützt.

Herr Pietsch äußert den Wunsch, dass die „Auswertungen der Unterbudgets der Ortsratsmittel“ noch Angaben haben über den Zeitpunkt der Ausführung und über den Standort (Datum/Bezeichnung z.B. Volleyballfeldes).

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Die Veranstaltung „16. Meller Stadtlauf“ des SC Melle 03 e.V. wird mit einem Zuschuss von 250 EUR aus dem Titel „Pflege der örtlichen Gemeinschaft“ unterstützt.

## **TOP 7 Bebauungsplan "Nördlich Pestelstraße - 1. Änderung", Melle-Mitte Beschluss über die Abwägung Satzungsbeschluss Vorlage: 2017/0186**

Frau Hoffmann berichtet, dass der Bebauungsplan seit dem Jahr 2013 rechtsverbindlich sei. Ziel der Planung sei die Überarbeitung des Planes in den Bereichen „Umweltbelange, aktiver Lärmschutz/Wall und eine Konkretisierung in den textlichen Festsetzungen“. Sie erläutert detailliert die Änderungen.

Herr Pietsch erklärt, dass die UWG-Fraktion der Änderung des Bebauungsplanes zustimmen werde. Er kritisiert, dass die Forderung der Freiwilligen Feuerwehr nach der Einrichtung einer unabhängigen Löschwasserversorgung bisher noch nicht erfolgt sei. Seiner Meinung nach sei es wichtig und notwendig, dass die Infrastruktur des Bebauungsgebietes vor der Bebauung des Gebietes erfolge und nicht nachrangig umgesetzt werde. Diese Tendenz sei in Melle generell zu verzeichnen.

Frau Hoffmann erläutert, dass die Umsetzungen der Maßnahmen nicht Teil der Planungen sei, sondern durch den Fachbereich durchzuführen sei. Hinsichtlich der Umsetzung seien bereits Gespräche mit dem Tiefbauamt und dem Ordnungsamt geführt worden, um eine Verbesserung der Kommunikation zu erreichen.

Herr Stakowski verweist darauf, dass durch die Umsetzungen der Maßnahmen in diesem Bebauungsgebiet ein ökologischer Schaden entstanden sei. Diese Punkte seien bereits in den letzten Ortsratssitzungen erörtert und bemängelt worden. Er teile die Kritik von Herrn Pietsch und führt an, dass die Hinweise der Freiwilligen Feuerwehr seit 2012 beständen. In den textlichen Erläuterungen zum Bebauungsplan werde der Hinweis aufgeführt, dass „Gespräche bezüglich der Umsetzung geführt werden“. Fakt sei daher, dass die formulierten Maßnahmen noch nicht umgesetzt seien. Weiterhin berichtet er, dass im unmittelbaren Umfeld des Regenrückhaltebeckens im Rahmen der Kompensation Bepflanzungen vorgenommen worden seien, die zurzeit in einem sehr ungepflegten Zustand seien. Der Änderung des Bebauungsplanes werde die CDU-Fraktion zustimmen. Die Maßnahmen zur

Löschwasserversorgung und deren Ausführungszeitraum sollen in der nächsten Sitzung benannt werden.

Herr Wüsthube erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90 /DIE GRÜNEN in den letzten Ortsratssitzungen die Umsetzung des Bebauungsplanes kritisiert habe. Er halte fest, dass dem Bebauungsplan inhaltlich grundsätzlich zugestimmt werden könne, aber die Art und Weise bzw. die Versäumnisse, die bei der Ausführung des Bebauungsplanes entstanden seien, werde von seiner Fraktion nicht unterstützt. Im Einzelnen seien die Planungsfehler bei der Verkehrssicherheit der Bäume und dem Lärmschutzwall zu benennen. Daher werde er sich bei Abstimmung der Stimme enthalten.

Frau Mielke kritisiert ebenfalls die Planungsfehler, die in diesem Verfahren gemacht worden seien. Die Änderungen führen zu einem Kompensationsdefizit, deren Umsetzung erhebliche Kosten verursache. Die Frage, wer die Kosten für diese Veränderung trage, wurde noch nicht beantwortet. Die Eigentümer zur Zahlung dieser Leistung heranzuziehen, könne ihrer Meinung nach nicht durchgeführt werden. Sie spricht sich dafür aus, dass der Ortsrat sein Augenmerk auf die Umsetzung der Löschwasserversorgung richten werde.

Der Ortsrat empfiehlt mehrheitlich bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Die Abwägung wird wie in Anlage 1 dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Nördlich Pestelstraße 1. Änderung“, Melle-Mitte wird als Satzung beschlossen.

### **TOP 8      **Bebauungsplan "Hafermaschsiedlung", Melle-Mitte Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB Vorlage: 2017/0199****

Frau Hoffmann berichtet, dass es für den Geltungsbereich „Hafermaschsiedlung“ östlich der Breslauer Straße, südlich der Straße Herrenteich und nördlich der Regenwalder Straße bisher noch keinen Bebauungsplan gäbe und Baumaßnahmen gemäß § 34 BauGB als Innenbereich zu bewerten seien. Das Ziel der Planungen sei die Ausweisung von weiteren Wohnbauflächen und die Nachverdichtung des Bereiches, wobei der Siedlungscharakter erhalten bleiben solle. Sie erläutert die weiteren Details des Bebauungsplanes.

Herr Birke bewertet die Weiterentwicklung des Bebauungsplanes „Hafermaschsiedlung“ grundsätzlich positiv. Er weist darauf hin, dass im Bebauungsplan die bekannten Probleme der Entwässerung sowohl beim Schmutz- als auch beim Regenwasser völlig unzureichend bewertet seien. Nur mit einer dezentralen Rückhaltungsstrategie, die nur bei Neubauprojekten greife und daher nur punktuell wirke, seien die Probleme nicht zu lösen. Die CDU-Fraktion fordere eine umfassende Bewertung auch für die periphere Entwässerung, die entscheidend für die Funktion im inneren Plangebiet sei. Die peripheren Probleme betreffe neben der Hafermasch auch die Gebiete der Neuen Mitte Nord. Das Quartier Hafermasch sei aufwändig und umfassend saniert, so dass bei einer zusätzlichen baulichen Verdichtung die aufgetretenen Probleme verhindert werden müssen. Als Beispiel führt Herr Birke an, dass bei Starkregenereignissen Fäkalien aus den Schmutzwasserkanälen austreten und Straßenbereiche durch austretendes Regenwasser überschwemmt werden. Sofern diese Umstände nicht behoben werden, werde die CDU-Fraktion keinen Satzungsbeschluss am Ende des Bebauungsplanverfahrens herbeiführen. In der Entwicklung eines Bebauungsplanes werde für dieses Gebiet die Chance gesehen, die



Probleme der vergangenen Jahre nachhaltig zu lösen. Die CDU-Fraktion bittet die Anlieger der Hafermasch, sich in das weitere Verfahren konstruktiv einzubringen.

Herr Plaß erklärt, dass er dem Beschluss zustimme werde. Eine bauliche Verdichtung des Nahbereiches sieht er positiv, da mit der Aufstellung des Bebauungsplanes die Möglichkeit bestehe, die Entwässerungsprobleme zukünftig zu lösen. Bei einer Verschärfung der Problematik werde er am Ende des Planverfahrens keinem Satzungsbeschluss zustimmen.

Frau Dettmann unterstützt die Äußerung von Herrn Plaß und erklärt, dass sie dem Beschluss zustimmen werde.

Herr Pietsch spricht sich für eine Nachverdichtung aus, wenn die Möglichkeit bestehe. Er erwarte jedoch, dass erst für die Infrastruktur/Entwässerung ein Generalplan erstellt werde. Es müsse gewährleistet werden, dass bei Starkregenereignissen keine Probleme auftreten.

Frau Hoffmann erklärt, dass ein Bebauungsplan für die Gesamtbetrachtung der Bauentwicklung vorteilhaft wäre. Zurzeit können Bauvorhaben nach § 34 BauGB nur im Einzelfall geprüft bzw. genehmigt werden (z.B. Bauvorhaben Osterkamp), so dass es bereits zu einer Verdichtung der Bebauung geführt habe. Mit der Kombination „Aufstellung eines Bebauungsplanes mit Veränderungssperre“ seien alle Möglichkeiten gegeben, die Bauentwicklung in diesem Gebiet zu regeln.

Herr Wüsthube führt aus, dass er dem Beschluss zustimmen könne. Er sieht die Chance, dass durch das Verfahren die Möglichkeit bestehe, die Probleme mit der Entwässerung, wie z. B. in Eicken-Bruche, zu lösen. Ohne Bebauungsplan könne keine Erweiterung zugelassen werden, weil keine konkreten Daten auf zukünftige Versiegelung zu bekommen wären. Der Ansatz, einen Bebauungsplan aufzustellen, sei daher gut. Er erkundigt sich, ob neben der privaten Rückhaltung über Zisternen auch die Begrünung von Dächern/Garagen vorgesehen sei.

Frau Hoffmann erklärt, dass diese Ideen in die Planungen miteinbracht werden sollen.

Frau Mielke meint, dass sie nur durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes keine Verschärfung der Entwässerungssituation sehe, da eine großflächige Oberflächenentwässerung, wie z.B. bei reinen Neubaugebieten, nicht auftreten werde. Mit der geplanten Veränderungssperre könne mehr Einfluss auf die Verdichtung und die Gestaltung genommen werden, so dass der Siedlungscharakter auch moderne Züge erhalten könne.

Herr Wittefeld legt Wert darauf, dass bei der Planung und Umsetzung nicht die gleichen Fehler wie in Eicken-Bruche gemacht werden. Er rät, ein Entwässerungskonzept für das gesamte Stadtgebiet und nicht nur Einzelkonzepte für die jeweiligen Bebauungsgebiete zu entwickeln. Seiner Meinung nach müssen konkrete Lösungen für die Entwässerungsprobleme bereits außerhalb und nicht erst im Stadtteil Melle-Mitte ansetzen.

Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

### **Beschluss**

Der Vorentwurf des Bebauungsplans wird einschließlich Begründung gebilligt. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB wird beschlossen.

**TOP 9      Bebauungsplan "Hafermaschsiedlung", Melle-Mitte  
Veränderungssperre  
Vorlage: 2017/0201**

Frau Hoffmann berichtet, dass für das Gebiet eine Veränderungssperre erlassen werden soll. Damit bestehe die Möglichkeit, bis zum Satzungsbeschluss Bauten zu verbieten, die dem Ziel der Planungen widersprechen. Gleichzeitig können während dieser Zeitspanne Genehmigungen erteilt werden, wenn sie den öffentlichen Belangen nicht widersprechen.

Herr Wüsthube befürwortet den Erlass der Veränderungssperre, da bereits die Aufstellung des Bebauungsplanes einstimmig empfohlen worden sei und diese Regelung im Zusammenhang zu sehen wäre.

Herr Hotho stellt noch einmal heraus, dass der Erlass einer Veränderungssperre ein gravierender Eingriff in die Rechte der Anlieger sei. Daher müssen seitens der Baugenehmigungsbehörde Ausnahmen bezüglich der Bebauung zugelassen werden, wenn überwiegende öffentliche Belange dem nicht entgegenstehen.

Frau Dettmann begrüßt den Erlass der Veränderungssperre, da mit der Regelung der Siedlungscharakter erhalten bleiben könne. Sie erkundigt sich, ob die Maßnahme auch für andere bestehende Bebauungsgebiete erlassen werden könne, z.B. Bereich Gartenstraße.

Frau Hoffmann erklärt, dass Ideen und Erfahrungen gesammelt werden, um diese zukünftig aufzugreifen und ggf. einzusetzen. Für bestehende Bebauungspläne sei die Möglichkeit schwieriger zu verwirklichen.

Der Ortsrat empfiehlt einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss**

Für den Bereich des künftigen Bebauungsplanes „Hafermaschsiedlung“ wird nach Fassung des Aufstellungsbeschlusses nach § 2 Abs. 1 BauGB durch den Verwaltungsausschuss am 18.10.2016 die in Anlage 1 beigefügte Veränderungssperre gemäß §§ 14 ff BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich der Veränderungssperre ergibt sich aus der beigefügten Anlage 2, die ebenfalls Bestandteil des Beschlusses ist.

**TOP 10      Straßenbenennung im Stadtteil Melle-Mitte  
Vorlage: 2017/0160**

Herr Wittefeld erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung, die Straße „Balzenring“ zu benennen, in den Vorgesprächen keinen Zuspruch fand. Er schlägt vor, dass die Straßen die Bezeichnung „Thomaskamp“ (Planstraße A) und „Am kalten Kamp“ (Planstraße B) erhalten.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss**

Im Geltungsbereich des neuen Bebauungsplanes „In der langen Marsch - Erweiterung“ im Ortsteil „Eicken-Bruche“ erhalten die neuen Planstraßen folgende Bezeichnung:

Planstraße A:            „Thomaskamp“  
Planstraße B:            „Am kalten Kamp“.

**TOP 11 Straßenzustandsbewertung 2017**  
**Vorlage: 2017/0177**

Herr Vogt-Rohlf berichtet, dass der Arbeitskreis „Straßen-u.Wegeschau-Bepflanzung von Wegeseitenräumen“ die Straßenbereisung in Melle-Mitte im Frühjahr durchgeführt und eine Bewertung der Straßen nach rein technischen Gesichtspunkten vorgenommen habe. Das Ergebnis wurde schriftlich festgehalten und dem Ortsrat zur Kenntnis gegeben. Der Arbeitskreis treffe sich am 07.09.2017 um die Prioritäten der Instandsetzungsarbeiten festzulegen.

Frau Mielke weist darauf hin, dass an machen Straßen bereits mehrfach die Banketten erneuert worden seien, während andere Straßen noch nicht berücksichtigt wurden. Zum Beispiel seien die Banketten der Straße „Kleefeld“ stark sanierungsbedürftig. Weiterhin sollte die Bewertung der Straße „Weststraße“ und die Bewertung des Kreisels „Weststraße“ nicht als Einheit sondern getrennt voneinander erfolgen. Der Straßenzustand der jeweiligen Bereiche sei sehr unterschiedlich und solle abschnittsweise betrachtet werden.

Herr Plaß macht darauf aufmerksam, dass der Markt mit einer Note 3 bewertet worden sei. Eine Dringlichkeit sei daher nicht zu erkennen.

Herr Stakowski äußert den Wunsch, die Sanierung der Banketten des „Wittekindsweg“ mit in die Prioritätenliste aufzunehmen. Der jetzige Straßenzustand sei für Radfahrer und im Begehungsverkehr sehr gefährdend.

**TOP 12 Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum**  
**Vorlage: 2017/0162/1**

Ortsbürgermeisterin berichtet, dass ein politischer Arbeitskreis Handlungsempfehlungen formuliert habe, um einerseits eine einheitliche Vorgehensweise zu ermöglichen, andererseits die öffentliche Kunst bzw. Gedenkkultur anzuerkennen und zu fördern. Nach den Empfehlungen soll der Ortsrats bereits in der frühen Planungsphase der Projekte informiert werden. Bei den bisherigen Projekten in Melle-Mitte sei das nicht der Fall gewesen. Der Ausschuss für Kultur, Tourismus und Stadtmarketing empfehle den Ortsräten die anliegende Handlungsempfehlung als Richtlinie zu beschließen.

Herr Hotho hält es für richtig, die Richtlinie zu verabschieden. Aufgrund dieser Empfehlungen könne frühzeitig über Projekte beraten und über deren Verwirklichung bzw. Ablehnung entschieden werden. Die Formulierungen seien allgemein gefasst, so dass den Ortsräten noch Entscheidungsspielraum gegeben sei.

Frau Dettmann unterstützt im Namen der SPD Fraktion den Antrag, die Handlungsempfehlungen als Richtlinie zu verabschieden. Es werde ein Rahmen geschaffen, der viele Möglichkeiten bietet, alle Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Herr Wüsthube erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die konfliktbehaftete Straßenbenennung der „Anton-Schlecker-Straße“.

Der Ortsrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Beschluss**

Die anliegende Handlungsempfehlung für das Aufstellen von Kunstwerken, Denkmälern und Gedenksteinen im öffentlichen Raum wird als Richtlinie beschlossen.

## TOP 13 Wünsche und Anregungen

Frau Dettmann beantragt im Namen der SPD Fraktion einen zusätzlichen Sitzungstermin vor Einbringung des Haushaltes der Stadt Melle in den Rat der Stadt Melle. Um die Vorhaben des Stadtteils Melle-Mitte voranzubringen, sei es erforderlich, diese festzulegen und zu beschließen.

Ortsbürgermeisterin weist darauf hin, dass im Haushalt bereits viele Maßnahmen mit einem Titel versehen seien. Auch der zeitliche Druck, eine Entscheidung vor der Einbringung des Haushaltes zu erwirken, sähe sie nicht. Die Anregungen der Fachämter erfolgen auch zu einem späteren Zeitpunkt, so dass alle Möglichkeiten noch offen stehen würden. Sie würde sich aber nicht gegen den Wunsch eines zusätzlichen Sitzungstermins stellen und bittet um Terminvorschläge.

Alle Mitglieder sprechen sich dafür aus, dass die nächste Ortsratssitzung am 26.09.2017, 18:00 Uhr im Ratssaal, Markt 22, 49324 Melle stattfindet.

Frau Mielke spricht die Situation des Meller Friedhofes an und rät für die Gestaltung bzw. die Pflege der brachliegenden Flächen ein Konzept zu entwickeln, das zukunftsgerichtet den Wandel der Begräbniskultur und deren Folgen berücksichtigt.

Frau Dettmann macht den Vorschlag, dieses Thema im Arbeitskreis „Kultur und Festivitäten“ näher zu betrachten und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeichnen. Um einen Eindruck zu erhalten, empfehle sie, eine Ortsbesichtigung durchzuführen und die Erfahrungen der Bestattungsunternehmen bzw. der Pastöre miteinzubeziehen.

Herr Hotho sieht ebenfalls Handlungsbedarf bei der Gestaltung der Friedhofsflächen, da sie eine Kernaufgabe der Stadt darstelle. Zurzeit sähe der Bereich trist und ungepflegt aus. Er unterstützt den Einsatz des Arbeitskreises.

Herr Wüsthube berichtet, dass die Stadt Waren (Müritz) Häuser mit einer edlen Plakette auszeichnet, deren Gestaltung besondere Anerkennung findet. Er regt an zu prüfen, ob diese Idee der Auszeichnung auch für Melle Anwendung finden könne. Ein Foto der Plakette leitet er an die Verwaltung weiter.

Melle, 26.10.2017

gez. Gerda Hövel

Ortsbürgermeisterin  
(Datum, Unterschrift)

Melle, 23.10.2017

gez. S. Wiesemann

Amtsleiterin  
(Datum, Unterschrift)

Melle, 20.10.2017

gez. H. Wiesemann

Protokollführerin  
(Datum, Unterschrift)